

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 2. VIERTELJAHR 1963

Der durch den harten Winter bedingten wirtschaftlichen Stagnation zu Beginn dieses Jahres folgte im Frühjahr eine rege wirtschaftliche Aktivität. Dadurch konnten allerdings die Produktionseinbußen und Absatzausfälle der Wintermonate nur zum Teil aufgeholt werden; es wird auch nicht möglich sein, sie im weiteren Verlauf des Jahres voll auszugleichen. Infolgedessen wird die Stagnation des Winters die Jahresergebnisse beeinträchtigen.

Am konjunkturellen Kräfteverhältnis hat die Frühjahrsbelebung nichts Wesentliches zu ändern vermocht. Im ganzen wächst die Wirtschaft der Bundesrepublik in einem ruhigen und im Vergleich zum vergangenen Jahr sogar noch langsamer gewordenen Tempo weiter. Dabei ist das konjunkturelle Bild in den einzelnen Bereichen und Branchen sehr unterschiedlich. Wichtigste Stützen der Konjunktur sind gegenwärtig ebenso wie im vergangenen Jahr der *private* und der *öffentliche Verbrauch* sowie die nach wie vor große *Nachfrage nach Bauleistungen*. Jedoch zeigen sich auch bei diesen konjunkturellen Kräften Tendenzen der Abschwächung. So liegen die im bisherigen Verlauf des Jahres vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen erheblich unter den Steigerungssätzen des vergangenen Jahres — aus den Löhnen und Gehältern wird indessen der *private Verbrauch* zum überwiegenden Teil finanziert. Der *öffentliche Verbrauch* wird auch in diesem Jahr die höchste Zuwachsrate aufzuweisen haben, zurückzuführen auf einen wiederum äußerst steilen Anstieg der Verteidigungsausgaben. Dagegen ist die amtliche Wirtschaftspolitik bestrebt, die *öffentliche* sowie die — im Wohnungsbau — öffentlich geförderte Nachfrage nach Bauleistungen einzuschränken. Die Richtigkeit dieser Politik in der gegenwärtigen Konjunkturphase ist aber umstritten, insbesondere, soweit es sich um die Beschränkung öffentlicher Vorhaben im keineswegs überbeschäftigten Straßenbau handelt. Jedenfalls ist nicht zu übersehen, daß die Bestrebungen, die öffentlichen Investitionen zu beschränken, in einer Konjunkturphase erfolgen, in der die *Investitionsneigung der Unternehmer* und deren *Nachfrage nach Investitionsgütern* im ganzen stagniert und teilweise sogar zurückgeht.

Vor einem neuen Konjunkturaufschwung?

Seit einigen Monaten hat sich das *Auslandsgeschäft* wieder kräftig erholt. Die Rück-

läufigkeit der ausländischen Nachfrage nach deutschen Waren hat sich umgekehrt in eine sehr beachtliche Zunahme der Auslandsaufträge. Hieran wird vielfach die Hoffnung auf einen neuen Konjunkturaufschwung geknüpft. Für sich allein dürfte freilich die Wiederbelebung des Auslandsgeschäfts dafür nicht ausreichend sein. Immerhin kann sie aber zu einem günstigeren Investitionsklima beitragen, wie überhaupt die Voraussetzungen für einen allmählichen neuen Aufschwung nicht schlecht zu sein scheinen. Zu diesen Voraussetzungen gehören neben dem Anstieg der Auslandsnachfrage die Notwendigkeit, nach erfolgtem Lagerabbau die Vorräte wieder aufzustocken, eine großenteils gegenüber der ausländischen Konkurrenz verbesserte Wettbewerbsposition der deutschen Firmen auf vielen Inlandsmärkten, ein langsames Ansteigen der Kosten, insbesondere der Lohnkosten, und eine dementsprechend zu erwartende erneute stärkere Zunahme der Gewinne sowie schließlich eine längere Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge mit dem Vorteil für die Unternehmer, über einen längeren Zeitraum disponieren zu können.

Bei einem Vergleich über mehrere Jahre hinweg zeigen sich manche Ähnlichkeiten der gegenwärtigen Konjunkturlage mit der des Jahres 1958 — das war das Jahr vor dem letzten Konjunkturaufschwung. Damals — übrigens auch im Jahre 1953 — gab es ebenso wie gegenwärtig in vielen Wirtschaftszweigen Flaunten. Nach hohen Wachstumsraten in den Vorjahren hatte sich das Wachstumstempo erheblich abgeschwächt; 1958 betrug die reale Zuwachsrate des Sozialprodukts nur noch 3 vH. Damals wie heute waren Investitionsneigung und -tätigkeit stark abgesunken, nachdem sie zuvor jahrelang Hauptträger der Konjunktur gewesen waren. Privater und öffentlicher Verbrauch stützten 1958 sowie gegenwärtig die Konjunktur. Offensichtlich befinden wir uns ungefähr in derselben Konjunkturphase wie in den Jahren 1958 und 1953.

Es gab bei uns in der Nachkriegszeit keine Wirtschaftskrise, und es besteht auch vorerst nicht die Gefahr einer solchen Krise. Vielmehr hatten wir Jahr für Jahr einen Zuwachs der wirtschaftlichen Tätigkeit zu verzeichnen. Im Wirtschaftswachstum gab es aber Schwankungen, die einem bestimmten Rhythmus unterlagen. Deutlich lassen sich Konjunkturzyklen von etwa fünfjähriger Dauer feststellen. Ihr Verlauf wird vor allem von erheblichen Schwankungen in der in- und ausländischen Unternehmernachfrage nach Investitionsgütern geprägt. „Die Erfahrungen aus drei Konjunkturperioden lassen keinen Zweifel“, stellt Walter Schmidt in der führenden deutschen Wirtschaftszeitung „Der Volkswirt“ (vom 26. April 1963) fest: „Die westdeutsche In-

dustrie, Schrittmacher der Gesamtwirtschaft, unterliegt regelmäßigen Absatzschwankungen von vier- bis fünfjähriger Dauer. Sie gehen aus von den Investitionen der Unternehmen im In- und Ausland. Im Auftragseingang der Investitionsgüterindustrien und der Stahlindustrie bildet sich dieser Vorgang am reinsten ab. Hier schlägt das Herz der Konjunktur¹⁾. Noch befindet sich die Investitionsgüterindustrie in ihrer dritten Nachkriegsflaute. Aber im „Volkswirt“ heißt es weiter: „Der Zyklus geht schon in sein fünftes Jahr, ein neuer Aufschwung wäre fällig!“²⁾ Richtiges konjunkturpolitisches Verhalten der öffentlichen Hand vorausgesetzt, dürfte bald wieder mit einer konjunkturellen Erholung zu rechnen sein, allerdings nicht mehr mit so hohen Wachstumsraten wie in früheren Jahren, zumal die Absatzschwierigkeiten in manchen Bereichen (z. B. Bergbau, Stahlindustrie, Textilindustrie) vorwiegend strukturbedingt sind.

Ungeschmälerte deutsche Position auf dem deutschen Weltmarkt

Ein oft benutztes Argument der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände gegen gewerkschaftliche Lohnforderungen ist der Hinweis auf eine angeblich verlorengegangene oder mindestens stark gefährdete Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Firmen auf den Weltmärkten. Die amtliche Statistik entlarvt diese — gerade während des Arbeitskampfes in der Metallindustrie häufig zitierte — Propagandathese als eine Legende, die auch nicht dadurch richtig wird, daß sie von einigen führenden Wirtschaftspolitikern der Regierungsparteien ebenfalls angewandt wird. Tatsächlich ist allerdings der Wettbewerb für uns härter geworden, weil einmal durch die DM-Aufwertung ein Wechselkurs, der den deutschen Export künstlich bevorzugte, berichtigt worden ist, und weil sich zweitens das deutsche Kostenniveau allmählich an das der anderen westlichen Industrienationen angeglichen hat. Die deutsche Position auf dem Weltmarkt ist aber im ganzen keinesfalls verschlechtert worden. Vielmehr war der Anteil der Bundesrepublik an der gesamten Weltausfuhr mit 10,8 vH im Jahre 1962 noch höher als in den Jahren 1961 und 1960. Auch der deutsche Anteil am Gesamtexport der bedeutendsten Industrieländer war im Jahre 1962 mit 15,9 vH gegenüber 1961 fast unverändert, und im Vergleich zu 1960 war er sogar beträchtlich gestiegen (Ifo-Schnelldienst vom 5. April 1963). Dagegen sanken die Anteile Großbritanniens, Frankreichs und der USA. Wenn die Auslandsaufträge an die westdeutsche Industrie im vorigen Jahr rückläufig waren, dann lag das hauptsächlich daran, daß sich nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den anderen großen Industrie-

ländern die Konjunktur abgeschwächt hatte und daß die Lieferfristen der westdeutschen Industrie infolge des Export- und Investitionsbooms der Jahre 1960/61 zu lang geworden waren. Inzwischen sind die Auftragsbestände weitgehend abgebaut und die Lieferfristen auf eine normale Dauer verkürzt worden. In der Investitionsgüterindustrie haben z. B. im Januar dieses Jahres 64 vH der im Ifo-Konjunkturtest meldenden Firmen ihre Lieferzeiten als normal angesehen; 1962 waren es dagegen nur 50 vH und 1961 sogar nur 39 vH der Firmen gewesen. Bei 22 vH waren die Lieferzeiten kürzer als üblich (1962 bei 12 vH, 1961 bei 4 vH der Firmen), bei 14 vH waren sie länger als üblich (1962 bei 38 vH, 1961 sogar bei 57 vH³⁾). Die Normalisierung der Lieferfristen sowie im Vergleich zur Bundesrepublik höhere Kosten- und Preissteigerungen in wichtigen Konkurrenzländern haben die deutsche Wettbewerbsposition zweifellos verbessert.

Wenn die *Gesamtausfuhr* im 1. Vierteljahr 1963 mit 12,7 Md. DM nur um knapp 1 vH höher war als im gleichen Vorjahreszeitraum, ist dies wohl hauptsächlich auf witterungsbedingte Transportschwierigkeiten in den Wintermonaten zurückzuführen. Im März 1963 überstieg die Ausfuhr die des gleichen Vorjahresmonats jedenfalls schon wieder um fast 5 vH und im April 1963 betrug die Zuwachsrate sogar 13,3 vH³⁾. Auch die Einfuhr hatte im April 1963 stark zugenommen, nämlich um 17,5 vH gegenüber dem April 1962. Allerdings sinkt diese Zuwachsrate auf 10 vH, wenn die Einfuhr von Rüstungsgütern unberücksichtigt bleibt. Die starke Rüstungseinfuhr führt dazu, daß insbesondere über die Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen ein falsches Bild entsteht. Für das 1. Vierteljahr 1963 gibt die Statistik eine Zunahme dieser Güter gegenüber dem 1. Vierteljahr 1962 in Höhe von 26 vH an. Die *kommerzielle* Einfuhr an Fertigwaren-Enderzeugnissen war aber nur um 4 vH höher. Das bedeutet, daß der Anteil der Einfuhr an der Inlandsversorgung mit gewerblichen Fertigwaren, der längere Zeit spürbar angestiegen war, sich nicht mehr erhöht hat.

Die Belebung der Auslandsnachfrage, durch die die Beurteilung der künftigen Konjunkturentwicklung optimistisch beeinflusst wird, stellt sich in der Statistik der industriellen Auftragseingänge wie folgt dar: Insgesamt haben die Auftragseingänge in der Industrie aus dem Ausland gegenüber den entsprechenden

1) Siehe auch „Abschied vom zyklischen Denken?“ in „Der Volkswirt“ vom 24. Mai 1963.

2) Ifo-Schnelldienst vom 31. Mai 1963.

3) Dieser Bericht wurde am 10. Juni 1963 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum April 1963 vor.

Vorjahrsmonaten im April 1963 um 16 vH, im März um reichlich 7 vH, im Februar um 8 vH und im Januar um 4 vH zugenommen. Umfangreiche neue Exportabschlüsse konnten die Grundstoffindustrie (April + 17 vH, März + 5,5 vH) und auch die Investitionsgüterindustrie (April + 14 vH, März + 7 vH) verbuchen, während die Auslandsaufträge in der Verbrauchsgüterindustrie mit 23 bzw. 14 vH zwar noch stärker anwuchsen, aber doch in diesem Bereich von wesentlich geringerer Bedeutung waren. In den ersten vier Monaten dieses Jahres stiegen die Auslandsbestellungen im Jahresvergleich um 9 vH an. Dadurch konnte der dreiprozentige Rückgang der Inlandsaufträge während des gleichen Zeitraums so weit aufgefangen werden, daß die gesamten Aufträge an die Industrie insgesamt nur noch um 1 vH niedriger waren als ein Jahr zuvor. Dabei war der Auftragszugang insgesamt im März erstmals seit Monaten wieder — um 1 vH — angewachsen; im April ergab sich ein Anstieg gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat von sogar 4 vH. Während die Grundstoff- und die Verbrauchsgüterindustrie im April 1963 eine im ganzen befriedigende Ausweitung ihrer Inlandsaufträge verbuchen konnten, blieben diese Aufträge im Bereich der Investitionsgüterindustrie um 5,2 vH hinter dem Vorjahrsstand zurück, wobei sich allerdings besonders schlechte Ergebnisse im Stahlbau ungünstig auswirkten.

Entspannung auf dem Baumarkt

Bemerkenswert ist der erhebliche Rückgang der *Nachfrage nach Bauleistungen*. Wie das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung mitteilte, wurde im 1. Vierteljahr 1963 ein — nach cbm umbauten Raum gemessenes — um 17 vH geringeres Bauvolumen genehmigt als im gleichen Vorjahrszeitraum. Dabei lagen der öffentliche Bau um 6 vH, der Wohnungsbau um 13 vH und der gewerbliche Bau um 26 vH unter dem Vorjahrsergebnis. Beim Wohnungsbau machen sich vor allem die starke Beschränkung der öffentlichen Wohnungsbaumittel sowie die Aussetzung der einkommensteuerlichen Sonderabschreibungen (§ 7 b Einkommensteuergesetz) für den Mietwohnungsbau bemerkbar, während im Rückgang des gewerblichen Baus zum Ausdruck kommt, daß die Erweiterung der Produktionsanlagen nur noch bei einem kleineren Teil der Unternehmen ausschlaggebendes Investitionsmotiv ist. Beim überwiegenden Teil der Firmen ist dagegen eindeutig die Rationalisierung das Hauptziel der Investitionen. Das ergab der letzte Investitionstest des Ifo-Instituts. Rationalisierungsinvestitionen sind aber in weit geringerem Umfang mit Bauvorhaben verbunden als Erweiterungsinvestitionen.

Trotz des Rückgangs der Baunachfrage haben die Auftragsbestände der Bauwirtschaft aber wegen der hohen Beeinträchtigung der Bautätigkeit in diesem Winter nicht abgenommen. Mit dem Ausfall von rund 66 Mill. Tagewerken ging in diesem Winter (November 1962 bis März 1963) mehr als eine ganze Monatsproduktion verloren. Nach einem Rückgang der Produktion im Bauhauptgewerbe während der Monate Januar/Februar 1963 um 56 vH (im Jahresvergleich) wurde im März wieder um reichlich 11 vH mehr produziert als im gleichen Vorjahrsmonat und im April um 5,5 vH.

In der gesamten *Industrie* lag das *Produktionsvolumen* im März 1963 um 4,7 vH und im April um 3,1 vH über den Vorjahrsergebnissen. Die Grundstoffindustrie wies in beiden Monaten mit jeweils etwa 5 vH kräftige Wachstumsraten auf. Erheblichen Produktionseinbußen in der Eisen- und Stahlerzeugung (- 4,6 vH im März und - 7,9 vH im April) standen starke Produktionsausweitungen in der chemischen Industrie, in der Baustoffindustrie sowie in der Mineralölverarbeitung gegenüber. Im Bereich der Investitionsgüterindustrie (+ 3,4 vH im März und + 1,9 vH im April) konnten Produktionsrückgänge im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie vor allem durch ein stürmisches Wachstum im Fahrzeugbau ausgeglichen werden. Dies ist vor allem auf die Produktion von Personenkraftwagen zurückzuführen, die im März und April gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um nicht weniger als 26 vH zugenommen hat. Die Verbrauchsgüterindustrie hatte schließlich einen Produktionszuwachs von 4,1 vH im März und 1,7 vH im April zu verzeichnen, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie von 6,3 vH bzw. 2,1 vH.

Der Arbeitsmarkt ist im Vergleich zum Vorjahr entspannter. Im Monat Mai 1963 ging die Arbeitslosenzahl zwar weiter um 19 600 zurück, im gleichen Vorjahrsmonat hatte die Abnahme aber 26 000 betragen. Am 31. Mai 1963 war die Zahl der Arbeitslosen mit 124 000 (darunter 73 500 Männer) um 14 400 höher als vor Jahresfrist; die Arbeitslosenquote betrug aber nur 0,6 vH.

Geringerer Zuwachs der Löhne und Gehälter

Im Berichtszeitraum kam es zu harten lohnpolitischen Auseinandersetzungen. Ihren Höhepunkt hatten sie in dem Arbeitskampf in der badenwürttembergischen Metallindustrie. Das Ergebnis war ein unter der Vermittlung des Bundeswirtschaftsministers zustande gekommener Kompromiß, der eine Lohnerhöhung um 5 vH ab 1. April 1963 und eine weitere Anhebung um 2 vH ab 1. April 1964 bei einer

Laufzeit des Vertrages bis zum 30. September 1964 vorsieht. Hinzu tritt eine schon früher — im Homburger Abkommen — vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 42½ auf 41¼ Stunden je Woche bei vollem Lohnausgleich (= 3 vH Erhöhung des Stundenlohnes). Diese Vereinbarung bildet den Rahmen für die Abschlüsse in den übrigen Tarifgebieten. Auch im öffentlichen Dienst wurde — einen Tag nach der Einigung in der Metallindustrie — für die Arbeiter und Angestellten ein neuer bis Ende 1964 geltender Lohn- und Gehaltstarifvertrag abgeschlossen; etwas später außerdem bei der Bundesbahn und der Bundespost. Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in diesen Bereichen werden ab 1. April 1963 um etwa 5 vH aufgebessert, ab 1. April 1964 um weitere 2 vH und ab 1. Oktober 1964 um nochmals 1 vH. Außerdem wird die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich (= 2,3 vH) ab 1. April 1964 um eine Stunde auf 44 Stunden verkürzt. Vorher schon war im Baugewerbe ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 4,9 vH ab 1. Mai 1963 und um 4,8 vH ab 1. April 1964 vorsieht. Der Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 1964.

Allen diesen Verträgen ist gemeinsam, daß die Erhöhungssätze erheblich niedriger sind als in den beiden letzten Jahren und daß sie mit 1½ bis 2 Jahren eine längere Laufzeit als bisher üblich haben. Die Sätze der tariflichen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen sind auf etwa 5 vH zurückgegangen gegenüber durchschnittlichen Steigerungssätzen von 8 vH im Jahre 1962 und fast 9 vH im Jahre 1961.

Nach Abschluß der Einigungsverhandlungen in der Metallindustrie hat der Bundeswirtschaftsminister erklärt, daß nach seiner Meinung die vereinbarte Aufbesserung von 5 vH keinen Anlaß zu Preiserhöhungen gebe. Damit widersprach er indirekt der Arbeitgeberpropaganda, die zunächst behauptete, daß die Geschäftslage in der Metallindustrie überhaupt keine Lohn- und Gehaltserhöhung vertrage.

Als die Arbeitgeber schließlich 3,5 vH mehr anboten — und sich damit selbst widerlegten —, hieß es, jede darüber hinausgehende Erhöhung würde zum Zusammenbruch von Unternehmungen führen. Daß diese Behauptung nicht ernst zu nehmen war, wird sich in den nächsten Monaten erweisen. Indem Prof. *Erhard* erklärte, daß eine Lohnerhöhung von 5 vH preisneutral bleiben würde, hat er auch die lohnpolitischen Leitlinien des in seinem Ministerium ausgearbeiteten Wirtschaftsberichts der Bundesregierung korrigiert. Dort heißt es, daß die Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten im Jahre 1963 über 3 bis 3,5 vH „keinesfalls hinausgehen“ sollte. Die Einseitigkeit dieser lohnpolitischen Leitlinie hat die Arbeitgeber in ihrer starren

Haltung während des Arbeitskampfes bestärkt, und insofern tragen die Verfasser der lohnpolitischen Leitlinien — die nicht mit den Verfassern des analytischen Teils des Wirtschaftsberichts identisch sind — ein gerüttelt Maß Mitschuld an dem Arbeitskonflikt. Unsere im Heft 4/1963 der GM geübte Kritik an den lohnpolitischen Leitlinien konnte indessen gar nicht besser bestätigt werden als dadurch, daß sich der Bundeswirtschaftsminister bei der entscheidenden Verhandlung, die unter seiner Leitung zwischen den Tarifparteien der Metallindustrie in seinem Ministerium stattfand, selber über die in den Leitlinien genannte Übergrenze von 3,5 vH hinwegsetzte.

Der Arbeitskonflikt hat übrigens gezeigt, wie dringlich die Bildung eines unabhängigen Gutachtergremiums ist. Der DGB und seine Gewerkschaften fordern sie schon seit Jahren. Sicherlich darf man von einer solchen Einrichtung keine Wunderdinge verlangen. Aber die Auffassung des DGB-Vorsitzenden *Ludwig Rosenberg* dürfte richtig sein, daß es kaum zu den starken Spannungen gekommen wäre, wenn ein Gutachtergremium bereits bestanden hätte und den Rahmen für Verhandlungen hätte geben können. Im Wirtschaftsausschuß des Bundestages wird zur Zeit über die Bildung eines Gutachtergremiums beraten. Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages veränderte nach dem bisherigen Stand der Diskussion wesentliche Formulierungen des Entwurfs (Bundestags-Drucksache IV/540) über die Aufgabenstellung des Sachverständigenrates. Nach dem Entwurf soll das Gremium „insbesondere die Ursachen von aktuellen oder möglichen Spannungen zwischen Einkommensentwicklung und Güterangebot aufzeigen, die zu Störungen einer gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft geführt haben oder führen können.“ Nunmehr soll der Sachverständigenrat „untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können“. Dabei sollen in die Untersuchung auch „die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden“. Dies hatte der DGB-Bundesvorstand in einem Schreiben an die Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen u. a. vorgeschlagen.

Verpflichtung der Bundesregierung zur Preisstabilisierung

Dadurch, daß die Steigerungssätze der letzten Tarifvereinbarungen beträchtlich niedriger sind als im vergangenen Jahr, paßt sich die Lohn- und Gehaltsbewegung dem langsamer gewordenen Wirtschaftswachstum an. Das Ver-

halten der Gewerkschaften zeugt von einem hohen Verantwortungsbewußtsein für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die Arbeitnehmerschaft darf deshalb wohl erwarten, daß die Bundesregierung nunmehr alles in ihrer Kraft Stehende tun wird, um einem weiteren Anstieg der Verbraucherpreise Einhalt zu gebieten. Ob und inwieweit sie dieser Forderung nachkommt, ist für die weitere *reale* Entwicklung der Wirtschaft von großer Bedeutung. Die Kaufkraft des Lohnes — oder m. a. W. der Reallohn — muß so stark wachsen, daß die infolge des Produktivitätszuwachses *mehr* angebotenen Güter und Dienstleistungen von den Arbeitnehmern gekauft werden können. Anderenfalls würden auch vom privaten Verbrauch, der heute noch eine Stütze der Konjunktur ist, kaum noch konjunkturelle Impulse ausgehen und eine erneute konjunkturelle Belebung wäre gefährdet.

Die witterungsbedingten Preiserhöhungen bei den Nahrungsmitteln und den Brennstof-

fen sind zwar zum Teil wieder beseitigt worden. Aber auch im Monat April 1963 lag der *Preisindex für die Lebenshaltung* noch um 3,6 vH über dem gleichen Vorjahrsstand; im März waren es 4,4 vH gewesen. An der Spitze der Preiserhöhungen lagen die Verkehrstarife (+ 6,4 vH), die Mieten (+ 6 vH) und die Nahrungsmittelpreise (+ 4,2 vH). Zu befürchten ist, daß der Preisanstieg auch im Jahresdurchschnitt kaum weniger als 3,5 vH betragen wird. Einerseits besteht zwar einige Hoffnung, daß bei guter Ernte die Nahrungsmittelpreise weiter zurückgehen werden, andererseits werden aber die Mieten im Durchschnitt nicht unbeträchtlich steigen, wenn nach dem Willen der Bundesregierung und der hinter ihr stehenden Mehrheit die Mietpreisbindung in vielen Kreisen am 1. August beseitigt würde. Auch die Agrarpolitik der Bundesregierung wirkte bisher immer noch preiserhöhend.

Günter Pehl